Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichniß unter Nr. 6378 eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich: Max Scharre in Halle.

[Fernsprecher: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Fünfunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen.
Reklamen die Zeile 75 Pf.
Erscheint wöchentlich zweimal: Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 82. **Halle a. d. Saale, Montag, den 18. Februar** **1901.**

Die wirthschaftliche Lage.

Die wirthschaftliche Entwicklung steht allem Anschein nach an einem Wendepunkte; die aufsteigende Konjunktur, die wir in Deutschland seit Jahren gehabt haben, ist zum Stillstand gekommen. Es läßt sich aber noch nicht übersehen, ob dieser Stillstand nur vorübergehend ist oder ob in der That in den nächsten Jahren ein wirthschaftlicher Rückgang erfolgen wird, denn einstweilen ist der Abfall in der Beschäftigung in der Industrie im allgemeinen noch kein schroffer, da aus dem vorigen Jahre noch reichliche und gute Aufträge vorhanden sind.

Zweifellos trägt die wirthschaftliche Entwicklung der letzten Zeit viele Züge, welche man als typisch in dem steten Wechsel magerer und fetter Jahre längst erkannt hat. In den Jahren des Aufsteigens, deren Reihe diesmal so ungewöhnlich lang war, hatte sich die Produktion außerordentlich vergrößert und ihre Hilfsmittel in Gestalt von Fabrikgebäuden, maschinellen Anlagen, Arbeitskräften usw. beträchtlich erweitert. Man hatte sich auf die weitgehendsten Anforderungen der Konjunktur eingerichtet. Um so empfindlicher mußte es werden, wenn der Verbrauch nicht parallel der Produktivkraft stieg oder gar zurückging. Schon ein Absatz, der vor einigen Jahren noch glänzend zu nennen war, mußte der erweiterten Produktionskraft ungenügend erscheinen. Dieses Hemmniß aber schuf sich die Industrie, namentlich die Großindustrie, selber in der fortgesetzten **Vertheuerung der Roh- und Hilfsstoffe** und der **Halbfabrikate.** Für die Fertigfabrikate ließen sich bei den Verbrauchern nicht entsprechend höhere Preise erzielen, ohne daß der Konsum sich einschränkte; Händler oder Fabrikanten solcher Fertigfabrikate, oder auch beide Theile erlebten infolgedessen große Enttäuschungen an ihren theueren einstehenden Lägern, die Händler hielten deshalb im weiteren Einkauf fertiger Waaren zurück, die Fabrikanten schränkten deren Herstellung sowie demgemäß die Neuanschaffung der Materialien ein, und so erstreckte sich allmälig die Stockung auf die Massenindustrien der Roh-, Hilfsstoffe und Halbfabrikate zurück.

Je weiter sich eine **Ueberspekulation** ausdehnen will, desto straffer pflegt sich ein zwar elastisches, aber festes Band um sie zu legen in der Gestalt der **Vertheuerung des Kapitals.** Die größere Zahl der Umsätze sowohl wie die höheren Preise erfordern eine größere Menge Geldes, als die Volkswirthschaft nach dem normalen Bedarf zur Verfügung hält, und demgemäß werden die Bedingungen der Hergabe des Geldes schwieriger. Zu diesen Gründen der Umkehr, die im Keime in jedem großen wirthschaftlichen Aufschwung liegen, kamen diesmal noch unabhängige äußere Umstände hinzu, die in gleicher Richtung wirkten. Die **Textilindustrie** hatte ganz unerwartete Preisveränderungen ihrer wichtigsten, in der Hauptsache vom Auslande zu beziehenden Rohmaterialien — der Wolle und Seide nach unten, der Baumwolle und des Flachses nach oben — als höchst unwillkommene Durchkreuzungen aller Kalkulationen zu beklagen, ferner störten ungewöhnliche Witterungsverhältnisse den Gang des Absatzes. Die Trockenheit des Sommers hatte Mangel und Theuerung der **Futtermittel** zur Folge. Die deutschen Ströme und Kanäle litten im Sommer und Herbst an einem außerordentlichen **Wassermangel,** der den Floß- und Schiffstransport ungemein erschwerte und vertheuerte, vielfach auch zur Benutzung des theuren Schienenweges zwang, auch der Industrie die billigen, bei herrschender Kohlentheuerung doppelt wertvollen Wasserkräfte der Gebirgsbäche entzog. Zu den hohen Binnenfrachten kamen dann hohe Oceanfrachten, die **ja** beim Bezuge unserer Rohstoffe eine so große Rolle spielen.

Auf die wirthschaftliche Entwicklung haben aber auch die **politischen Weltereignisse** nicht unerheblich eingewirkt. Der Krieg in **Südafrika** hat sich auf weiten wirthschaftlichen Gebieten fühlbar gemacht, vor allem in der Frachtvertheuerung, in der minderen Aufnahmefähigkeit Südafrikas für den deutschen Export, in dem dauernden Fernbleiben südafrikanischen Goldes vom internationalen Geldmarkt. Auch die Expedition **der Mächte gegen China** hat einige Wirkungen gehabt.

Im allgemeinen hat aber — und das ist erfreulich — der **Absatz Deutschlands nach dem Ausland** nicht gelitten. In dem jetzt erschienenen Jahresbericht der Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin wird festgestellt, daß sich die deutsche **Ausfuhr** im Jahre 1899 gegen das Vorjahr von 4207 Millionen auf 4414 gesteigert hat. Auch die **Einfuhr** ist von 5483 auf 5557 Millionen gewachsen. In dieser Beziehung ist also ein wirthschaftlicher Rückgang nicht erkennbar. Die günstige Wirkung der Handelsverträge hat sich auch in dem abgelaufenen Wirthschaftsjahre in der Steigerung der Ein- und Ausfuhrzahlen gezeigt. Da im allgemeinen die Klagen über den eingetretenen wirthschaftlichen Stillstand vorübergehender Natur sind, so ist zu hoffen, daß ein dauernder Rückschlag nicht erfolgen wird, wenn auch kaum anzunehmen ist, daß die rapide Vorwärtsentwickelung, die wir in den letzten Jahren gehabt haben, in gleichem Maße weiter anhalten wird. Ein Nichtzustandekommen neuer Handelsverträge, wie es die Agrarier erstreben, würde die wirthschaftliche Situation allerdings mit einem Schlage auf das allerungünstigste beeinflussen und Folgen zeitigen, die jetzt auch noch nicht annähernd zu übersehen sind. □

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

* Der Kaiser begab sich gestern, da über das Befinden der Kaiserin Friedrich günstige Nachrichten vorlagen, nicht nach Friedrichshof. Nachmittags empfing der Monarch im Schlosse zu Homburg v. d. Höhe den Besuch des auf der Reise nach Kopenhagen begriffenen Königs von Griechenland, der von Cronberg kam, wo er der Kaiserin Friedrich einen einstündigen Besuch abgestattet hatte.

Der „starke Mann"?

Die Erklärungen des Herrn v. Rheinbaben bezüglich seiner grundsätzlichen Stellung zur Sozialdemokratie anläßlich der jüngsten Debatten im Abgeordnetenhause über die Handhabung der Bestätigung der Kommunalbeamten, verzeichnet die Scharfmacherpresse mit hoher Befriedigung. Sie hofft, in Herrn v. Rheinbaben endlich den langersehnten „starken Mann" gefunden zu haben, der mit kräftiger Faust die Sozialdemokratie niederschlagen wird. Das Organ der schutzzöllnerischen Großindustriellen giebt dem Minister des Innern schon die Directive hierzu, indem es schreibt:

„Hat der Minister des Innern den Muth gehabt, auf dem Gebiete seiner Machtvollkommenheit der Sozialdemokratie eine unerbittliche Ausnahmebehandlung anzukündigen, so wissen wir nicht, warum man sich scheuen sollte, zu einer spezialgesetzlichen Behandlung der ganzen Bewegung zurückzukehren."

Herr v. Rheinbaben soll also schleunigst eine neue Umsturzgesetzesvorlage einbringen oder, was den Scharfmachern vielleicht noch lieber wäre, im Reiche die Initiative zu einem neuen Zuchthaus- oder Sozialistengesetz ergreifen. Das Hauptorgan der sächsischen Konservativen, die „Dresd. Nachr.", erinnern daran, daß erst vor vier Wochen Graf Limburg-Stirum im preußischen Abgeordnetenhause die preußische Regierung aufgefordert habe, den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit Entschiedenheit aufzunehmen — freilich ohne daß hierauf seitens der Regierung eine Antwort erfolgt wäre. Das sächsische Scharfmacherblatt, das Herrn v. Rheinbaben natürlich ebenfalls hohe Anerkennung zollt, indem es ihm das Zeugniß ausstellt: „Nicht immer haben in den letzten Jahren die Berliner Minister eine solche Auffassung mit Entschiedenheit und in voller Konsequenz vertreten", beurtheilt freilich die Chancen eines Systemwechsels in der Bekämpfung der Sozialdemokratie etwas weniger optimistisch, indem es sich zum Schluß der Besorgniß nicht verschließen kann:

„So scharf auch Minister v. Rheinbaben die Sozialdemokratie als eine revolutionäre, staatsfeindliche Partei gekennzeichnet hat, so bleibt doch die Befürchtung bestehen, daß die Berliner Regierung nicht die Energie finden wird, der Aufforderung des Grafen zu Limburg-Stirum Folge zu leisten und den Kampf gegen die Sozialdemokratie programmmäßig zu proklamiren und durchzuführen."

Auch wir glauben, zunächst wenigstens nicht, daran, daß die Regierung die Thorheit begehen wird, sich von den Scharfmachern zu einer Aktion verleiten zu lassen, die zu einer erklatanten Niederlage für die Regierung führen würde. Die Thatsache aber, daß derartige Wünsche sich jetzt wieder hervorwagen, zeigt mit genügender Deutlichkeit, wie sehr die Reaktionäre in den verschiedenen Lagern sich als Herren der Situation fühlen. *

England und die beabsichtigten deutschen Zollerhöhungen auf Eisen und Stahl.

Die Nachricht von einer Erhöhung des deutschen Einfuhrzolles auf verschiedene Eisen- und Stahlsorten hat in England ein größeres Aufsehen erregt als man in deutschen Interessentenkreisen vielleicht annimmt. Zwar sind in der deutschen Presse einige Nachrichten über die englischen Gegenbewegungen laut geworden, aber dieselben gestatten keinen vollständigen Ueberblick über die englische Agitation, wie sie ins Werk gesetzt worden ist. In nachfolgendem möchten wir daher einige diesbezüglichen Angaben machen. Zunächst nahm die Handelskammer in Sheffield eine Resolution von ungefähr folgendem Inhalt an:

„Die Agitation in gewissen Fabrikantenkreisen Deutschlands, die darauf hinzielt, eine Erhöhung des Zolles auf Stahl zu erlangen, gelangt zur Erörterung. Nach einer Aeußerung des Auswärtigen Amtes scheint es, daß keine Verhandlungen bezüglich des neuen Handelsvertrages zwischen Deutschland und Großbritannien vor 1903 vorgesehen sind. Es wird aber beschlossen, ein wachsames Auge darauf zu richten, wie sich diese Angelegenheit entwickeln wird."

Bei dieser beobachtenden Stellungnahme blieb es nicht, sondern durch Vermittlung der Sheffielder Handelskammer wurde die Sache im englischen Parlamente zur Sprache und damit zur Kenntniß der Allgemeinheit gebracht. Gegen die Bestrebungen der deutschen Hochschutzzöllner erhob sich darauf die englische Presse, in der behauptet wurde, daß man in Deutschland für Roheisen einen Einfuhrzoll von 15 M. p. t und für Werkzeugstahl einen solchen von 8 M. p. 100 kg einzuführen gedenke, während letzterer derzeit nur 2,50 M. betrage. In einem Artikel des „Sheffield Daily-Telegraph" heißt es: „Diese Zollerhöhung mag gegen Amerika gerichtet sein, ebenso gut richtet sich dieselbe auch gegen England. Deutschland will den britischen Handel treffen. Bezüglich des Werkzeugstahles will man direkt die Sheffielder Verbindungen mit den deutschen Märkten lösen. Es ist unsere Pflicht, jetzt nicht stille zu sein und den Schlag ohne weiteres hinzunehmen, sondern den Deutschen zu zeigen, daß wir sie so behandeln können, wie sie uns behandeln, und zwar nicht nur auf den Märkten des vereinigten Königreiches, sondern auch in unseren sämmtlichen Kolonieen. Dies würde ihnen Klarheit darüber verschaffen, wieviel sie den Absatzgebieten in Großbritannien und seinen überseeischen Besitzungen verdanken." An anderer Stelle schreibt dieselbe Zeitung: „Man muß den Deutschen zeigen, daß wir entschlossen sind, ihnen mit gleichem Maße wieder zu messen, wie uns gemessen wird. Man blicke nur auf einige Zahlen in der Handelsstatistik, wie wir sie in einem amtlichen deutschen Werke finden. Darnach betrug der Export von Großbritannien nach Deutschland:

	Tons		Werth
Drahtstifte	0	Lstrl.	0
Eisenbahnschienen	730	„	0
Eisendraht	2439	„	4,500
Fertige Eisenwaaren	433	„	50,000
Roheisenwaaren	7497	„	285,000

die Einfuhr von Deutschland nach Großbritannien:

	Tons		Werth
Drahtstifte	13,253	Lstrl.	115,000
Eisenbahnschienen	21,394	„	130,000
Eisendraht	30,408	„	245,000
Fertige Eisenwaaren	3,252	„	325,000
Roheisenwaaren	12,206	„	490,000

Leider fehlen uns die Zahlen über den Handelsverkehr in fertigen Werkzeugen, aber es ist eine allgemein bekannte Thatsache, daß englische Werkzeuge nicht sehr viel in Deutschland verkauft werden, während Remscheider und Solinger Artikel in großen Mengen in England eingehen. Obige Zahlen beziehen sich, wie wir ausdrücklich bemerken möchten, nur auf den Handel mit Großbritannien. Wenn man den Handel Deutschlands mit unseren Kolonien auch in Betracht zieht, so wird sich herausstellen, daß wir noch ein bedeutend stärkeres Mittel in Händen haben, um Deutschland zu veranlassen, daß es uns in handelspolitischer Beziehung mit Gerechtigkeit behandelt. Wir müssen Deutschland mit aller Entschiedenheit gegenübertreten und ihm sagen: „Wenn ihr unsere Güter ausschließt, so werden wir die unsrigen ausschließen." Einem solchen Entschluß würden sich selbst Leute wie Krupp nicht verschließen können, denn eine Versperrung der britischen Märkte würde einfach den Ruin für den deutschen Exporthandel bedeuten."

Was sagt der Centralverband deutscher Industrieller, der die erwähnten Zollerhöhungen zu Gunsten einiger weniger Großindustrieller und zum Nachtheile der gesammten deutschen Metallwaaren-Industrie durchzusetzen sucht, zu diesen Aeußerungen?

-h.

Politisches.

* Die Besprechung der **Ordensverleihung an Lord Roberts** hat bereits **politische Opfer** gefordert. Von hier und dort werden Verhaftungen wegen Majestätsbeleidigungen gemeldet. In Süddeutschland wurde der „Niederbayrische Waldbote" wegen eines Artikels über den deutschen Kaiser und General Roberts konfiszirt.

-g. In Weimar fand gestern mittag im Großherzoglichen Schlosse die **Huldigung des Landtages** in Gegenwart der Prinzen Hermann und Wilhelm von Sachsen-Weimar, des diplomatischen Corps, des Staatsministeriums nebst den höheren Ministerialbeamten, des Hofstaats, des Kirchenraths, des Präsidiums des Ober-landesgerichts Jena, ferner von Deputationen der evangelischen Landessynode, der katholischen Gesellschaft, der Universität Jena, der Bezirksausschüsse usw. statt. Nach einer **Ansprache des Großherzogs** an die Mitglieder des außerordentlichen Landtags wurde zunächst die **feierliche Erklärung** des Großherzogs betreffend die **Einhaltung der Verfassung** vom Staatsminister Dr. Rothe verlesen und der Text derselben dem Landtags-Präsidenten überreicht. Dann folgte der Huldigungsakt, der darin bestand, daß die Landtags-Abgeordneten die Schlußworte des vom Staatsminister vorgesprochenen Huldigungseides gleichzeitig nachsprachen und bei den letzten Worten „So wahr mir Gott helfe" sich nebst den anderen Anwesenden vor dem Großherzog verneigten. Nach Beendigung der Ceremonie wurde der außerordentliche Landtag für geschlossen erklärt. Der sozialdemokratische Abgeordnete, Reichstags-Abgeordneter Baudert aus Apolda, hat an der Huldigungsfeier nicht theilgenommen. — Wie uns weiter gemeldet wird, hat der Großherzog eine **Amnestie verkündet,** durch welche allen Personen, die bis zum gestrigen Tage incl. wegen **Verbrechen oder Vergehen** in Bezug auf die Ausübung der **staatsbürgerlichen Rechte** (§§ 105—109 des Strafgesetzbuches), wegen **Beleidigung des Landesfürsten** oder eines Mitgliedes des großherzoglichen Hauses (§§ 95—97 des Strafgesetzbuches) durch Erkenntniß eines Großherzoglichen Gerichts rechtskräftig verurtheilt sind, diese Strafe, soweit sie nicht verbüßt ist, erlassen wird. Die Amnestie erstreckt sich ferner auf eine Reihe von Vergehen gegen das Strafgesetzbuch, namentlich Vergehen gegen die **öffentliche Ordnung, Beleidigungen durch die Presse, Zweikampf, fahrlässige Körperverletzung,** sofern die verhängten Strafen die Dauer von zwei Monaten, die Geldstrafen den Betrag von 300 M. nicht überschreiten. Endlich hat der Großherzog auch noch der **Jubiläums-Stiftung für Gemeindepflege** zum dauernden Gedächtniß seines Vaters und zur weiteren Förderung und Kräftigung der Gemeindepflege einen „Karl August-Fonds" im Betrage von 100,000 M. überwiesen. — Durch die Amnestie hat der junge Fürst gezeigt, daß ihm daran gelegen ist, das Verhältniß zwischen Thron und Volk in seinem Lande inniger zu gestalten, als man es in Preußen beispielsweise für wünschenswerth hält. Wenn er demnächst auch der Reaktion, die sich im Lande Weimar unter Hans Litze von Wurmb breit macht, entgegentritt, wird man ihn mit vollem Rechte als einen Regenten bezeichnen können, der trotz seiner Jugend klar erkannt, wo die Stärke der Monarchie liegt.

* Nach einer amtlichen Aeußerung des Kaiserlichen Generalkonsuls in Kapstadt ist die Erzählung der „Deutsch. Wochenztg. in den Niederl." über einen angeblichen **Konflikt** des Herrn v. Lindequist mit dem Gouverneur Sir Alfred Milner **völlig erfunden.**

* Der Aeußerung des Kaisers an den Generaldirektor Ballin: „Daß Sie Jude sind, weiß ich, das ist mir ganz gleichgültig," fügt die „Staatsb.-Ztg." eine andere angebliche Aeußerung des Kaisers entgegenziehen. Sie behauptet, daß der Kaiser als Prinz Wilhelm nach Beendigung der viel besprochenen Waldersee-Versammlung zu Hannover der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19010218014/fragment/page=0001

Stöcker'schen Stadtmission im November 1887, „als fast alle Theilnehmer sich entfernt hatten," die Aeußerung that: „Jetzt werden die Juden wohl die Harfen an die Weiden hängen." — Das antisemitische Organ ist sehr vorsichtig und hat vielleicht auch recht daran, daß es diese angebliche Aeußerung des damaligen Prinzen Wilhelm unter Ausschluß fast jeglicher Oeffentlichkeit vernahm. Was wollen derartige Reminiscenzen, mögen sie gefallen sein oder nicht, übrigens besagen?

* Die Unzuverlässigkeit der polizeilichen Berichterstattung in Personalangelegenheiten, die in den Fällen Dullo und Krieger im Abgeordnetenhause schlagend nachgewiesen worden ist, wird, wie sich jetzt auf Grund sorgfältiger Ermittelungen feststellen läßt, durch die falschen Berichte, die dem Minister des Innern über den Fall Ehlert in Bunzlau zugegangen sein müssen, noch übertroffen. Herr Ehlers wurde vor einigen Monaten in Bunzlau zum Stadtrath gewählt und nicht bestätigt. Auf die Interpellation des Abg. Richter erwiderte der Minister v. Rheinbaben: „Nicht deshalb, weil Herr Ehlers freisinnig ist, ist seine Bestätigung unterbliieben, sondern weil seine finanzielle Lage in Betracht kam. Der Mann sollte ein Dezernat bekommen, mit dem gewisse Vermögensverwaltungen verbunden waren. Dazu schien er ungeeignet, weil er in vier Jahren viermal Konkurs gemacht hat und sechsehnmal zwangsweise fruchtlos gepfändet war." Alle diese Angaben über die Verhältnisse des Herrn Ehlers sind thatsächlich völlig unrichtig. Herr Ehlers, der seit 16 Jahren in Bunzlau ansässig und seit Jahren Stadtverordneter ist, hat in seinem bisherigen Leben nicht ein einziges mal Konkurs gemacht und ist niemals fruchtlos gepfändet worden. Daß die Erklärung des Ministers, die nur auf Grund falscher Informationen gemacht sein kann, in Bunzlau großes Aufsehen erregt hat, läßt sich ermessen und Herr Ehlers hat sich, wie gemeldet wird, bereits nach Berlin begeben, um Rehabilitirung zu erlangen. Das Vorkommniß läßt es nothwendig erscheinen, daß sofort eine Untersuchung über die Ursachen der falschen Berichte eingeleitet und diese derart beschleunigt wird, daß Frhr. v. Rheinbaben dem schwer von ihm geschädigten Bürger Ehlert in aller Kürze von derselben Stelle, von der seine herabsetzenden Aeußerungen gefallen sind, eine Ehrenerklärung in aller Form zu theil werden lassen kann. Ebenso halten wir es für selbstverständlich, daß der Minister sich diejenigen Persönlichkeiten etwas genauer ansehen wird, die ihm in so fahrlässiger Weise falsch unterrichtet haben. Im übrigen zeigt der Fall, welchen Werth mitunter die „Feststellungen" haben, die auf Beschwerden aus dem Hause von der Ministerbank aus gemacht werden.

Volkswirthschaftliches.

* Die vom Staatssekretär des Innern Grafen Posadowsky in der Sitzung des Reichstages vom 7. Dezember v. J. versprochenen monatlichen Mittheilungen über die Kohlenförderung und die Bewegung des Kohlenmarktes im In- und Auslande sind jetzt, worauf wir schon am Sonnabend hingewiesen haben, als Beilage zu den im Reichsamt des Innern herausgegebenen Nachrichten für Handel und Industrie zum ersten male erschienen. Die Uebersicht über den Kohlenbergbau in Preußen im Jahre 1900, die allerdings nur erst vorläufigen Ermittelungen beruht, läßt erkennen, daß im Jahre 1900 die Zahl der im Betrieb befindlichen Steinkohlen-Bergwerke in Preußen um fünf zunahm, die Zahl der betriebenen Braunkohlen-Bergwerke verminderte sich um fünf. Die Förderung von Steinkohlen stieg um 7,201,315 t = 7,60 Proz., der Absatz um 7,318,407 t = 7,93 Proz. Die Förderung von Braunkohlen zeigte eine Zunahme von 5,285,710 t = 18,57 Proz., und der Absatz eine Vermehrung von 4,813,063 t = 20,67 Proz. Beschäftigt waren im Jahre 1900 in den Steinkohlen-Bergwerken 375,171 Arbeiter gegen 342,556 in 1899, in den Braunkohlen-Bergwerken 41,846 Arbeiter gegen 35,974. In den verschiedenen Ober-Bergamtsbezirken entwickelte sich der Kohlenbergbau im Jahre 1900 folgendermaßen:

Ober-Bergamts-bezirke	Betriebene Werke 1900	Betriebene Werke 1899	Förderung 1900 t	Förderung 1899 t	Absatz 1900 t	Absatz 1899 t
			a) Steinkohlen			
Breslau	73	69	25 580 698	27 959 689	27 311 863	25 593 884
Halle	1	1	12 255	8 242	10 660	5 243
Clausthal	7	7	758 280	664 228	726 322	628 695
Dortmund	167	166	59 418 900	54 641 120	59 634 619	54 643 170
Bonn	25	25	12 005 886	11 501 220	11 960 405	11 454 470
Zusammen	273	268	101 976 014	94 774 499	99 643 869	92 325 462
			b) Braunkohlen			
Breslau	30	33	864 467	644 333	722 568	494 935
Halle	277	279	27 144 224	23 386 350	21 705 443	18 522 245
Clausthal	31	32	534 668	444 736	454 485	381 729
Bonn	42	41	5 202 274	3 984 499	5 220 071	3 890 595
Zusammen	380	385	33 745 628	28 459 918	28 102 567	23 289 504

Die Mittheilungen über die Kohlenpreise im Januar 1901 bedürfen noch der Ergänzung. Das was über die Großhandelspreise in Königsberg, Breslau, Halle usw. bekannt gegeben wird, genügt ebensowenig, um eine vergleichende Statistik aufzustellen, wie das einzelnen gegebene Verzeichniß von Detailpreisen. Bei weiteren Veröffentlichungen wird die Regierung auch auf die Beibringung neueren Materials größeren Werth legen müssen.

Verwaltung und Rechtspflege.

* Auch der „Verein der reisenden Kaufleute Deutschlands" hat zu der Frage der kaufmännischen Schiedsgerichte Stellung genommen und an den Reichstag und den Bundesrath eine Petition gerichtet mit dem Ersuchen, „baldigst besondere Gerichte für Rechtsstreitigkeiten aus dem kaufmännischen Dienstverhältniß einzuführen". Für diese kaufmännischen Schiedsgerichte werden in der Petition folgende Forderungen aufgestellt: Sie sind den Gewerbegerichten so anzugliedern, daß sie mit diesen auf gemeinschaftlicher Verwaltungsbasis stehen, aber trotzdem durchaus selbständigen Charakter haben. 2. Die Gerichte bestehen aus einem beamteten Richter und je zwei Vertretern der Prinzipale und der Handlungsgehilfen bezw. Handlungsreisenden als Beisitzer. 3. Die Wahlen sind unmittelbar und geheim. Die Gewählten müssen das 25. Lebensjahr vollendet haben. 4. Das Verfahren ist ein beschleunigtes, einfaches, mit geringen Kosten verknüpftes. 5. Den Gerichten sind alle Streitigkeiten, die aus dem kaufmännischen Dienstvertrag entstehen, zu überweisen. 6. Berufungen gegen Urtheile dieser Gerichte sind nur zulässig, wenn der Werth des Streitgegenstandes 300 M. übersteigt.

* Ueber die Bedeutung einer ungestörten Nachtruhe hat das Oberverwaltungsgericht kürzlich sich auszusprechen Gelegenheit gehabt. Aus dem Erkenntniß seien nach der „Deutsch. Juristen-Ztg." folgende Gesichtspunkte hervorgehoben: Eine häufige Störung der Nachtruhe durch den Betrieb einer Kegelbahn bedeutet nicht nur eine Belästigung, sondern eine Gesundheitsgefahr (§ 10, 17, 17 ALVR.) für die davon betroffenen Personen. Bei den gesteigerten Anforderungen, die das heutige Erwerbs- und Verkehrsleben an die Kräfte und die Gesundheit der Menschen, zumal in größeren Städten, stellt, ist die thunlichste Sicherung der Nachtruhe gegen lärmende Geräusche ein dringendes Erforderniß im Interesse der Gesundheit. Es kann auch nicht darauf ankommen, ob durch das Geräusch einzelne Nachbarn nicht in ihrem Schlafe gestört werden. Es genügt vielmehr, daß dies bei zahlreichen anderen, weniger widerstandsfähig veranlagten Personen der Fall ist. Es läßt sich auch eine zulässig begründete Einwendung dagegen nicht erheben, daß als Zeitpunkt für die Beendigung des Kegelns 10 Uhr abends festgesetzt worden für die diese Stunde auch heute noch in weiten Kreisen die für den Beginn der Nachtruhe maßgebende ist.

Soziale Angelegenheiten.

* Das Vorgehen der Meininger Regierung zur Steuerung der sozialen Noth scheint auch auf die Nachbarstaaten günstig einzuwirken. Die Altenburger Regierung hat sich wenigstens vorgenommen, Mißstände in den Wohnungsverhältnissen, welche durch die Zunahme der Bevölkerung in einzelnen Städten des Landes hervorgerufen sind, zu beseitigen. Um diesen Zweck zu erreichen, sind zunächst die Stadträthe von Altenburg, Schmölln, Meuselwitz und Kahla veranlaßt worden, Kommissionen einzusetzen, welche die Wohnungsverhältnisse sorgfältig untersuchen sollen. Zu diesen Berathungen werden sowohl die Bezirksärzte als auch der Gewerbeinspektor herangezogen werden.

* Der Kreistag des Kreises Düren hat die Aufnahme eines Anlehens von 300,000 Mark zur Förderung der Errichtung von Arbeiterwohnungen beschlossen.

Proteste gegen die Brotvertheuerung.

Wie uns aus Gotha telegraphirt wird, hielt der Handelsvertragsverein gestern dort eine Protestversammlung ab, die folgende Resolution annahm:

„Ueber tausend Reichstagswähler aus Stadt und Land erklären sich einstimmig auf einem Vortrag des Herrn Vogberg-Rekow gegen jede Erhöhung der Zölle auf nothwendige Lebensmittel, gegen einen Doppeltarif und für die Ausfuhr fördernde, sowie den Markt erweiternde Handelsverträge."

In Magdeburg fand am Freitag eine vom Wahlverein der freisinnigen Volkspartei einberufene Protestversammlung statt, die nach einleitenden Worten des Stadtverordneten Roßbach und einem mit großem Beifall aufgenommenen Referat des Reichs- und Landtagsabgeordneten Dr. Wiemer folgende Resolution annahm:

„Die Versammlung fordert die Erneuerung der Handelsverträge, die für die wirthschaftliche Entwicklung Deutschlands von höchster Bedeutung sind, protestirt aber entschieden gegen die Erhöhung der Lebensmittelzölle, insbesondere der Zölle auf Brotgetreide, wodurch dem Volke neue schwere Lasten auferlegt und gerade die ärmeren Volksklassen auf das Schwerste geschädigt werden würden."

Auch die bäuerlichen Kreise der deutschen Landwirthschaft beginnen mehr und mehr einzusehen, daß ihnen aus der Prohibitionspolitik der Großgrundbesitzer und der Erhöhung der Getreidezölle nicht Vortheile, sondern schwere Schädigungen erwachsen. Ländliche Versammlungen zu Gunsten unserer Handelspolitik und gegen die Getreidepolitik des Bundes der Landwirthe haben an einer ganzen Anzahl von Ortschaften der Kreise Colmar und Czarnikau stattgefunden, in denen mit einer einzigen Ausnahme einmüthig folgende Resolution zur Annahme gelangte:

„Deutschland braucht Handelsverträge, um das, was es über den inländischen Bedarf hinaus erzeugt, im Ausland absetzen zu können. Die Landleute sind daran interessirt, daß die jetzt über vier Millionen betragende Ausfuhr nicht zurückgeht oder aushört, denn dann könnten sie ihre eigenen Erzeugnisse nicht mehr so wie jetzt verkaufen und verwerthen. Eine Erhöhung der Kornzölle, die das Zustandekommen der Verträge hindert, kann deshalb auch die Landwirthschaft nicht wollen. Mit solchen Kornzöllen sind auch hohe Futtermittelzölle verbunden, die der Viehzucht schaden, und hohe Industriezölle, die die landwirthschaftlichen Bedarfsartikel vertheuern. Die Versammlung ersucht darum die Regierung und den Reichstag, die Politik der Handelsverträge, die sich bewährt hat, fortzusetzen."

Auch in Groß-Dreußen (Posen) fand eine von Landleuten und Handwerkern besuchte Versammlung statt, in welcher gegen den handelsvertragsfreundlichen Referenten zwei Bündler auftraten; trotzdem wurde eine Resolution für Fortführung unserer bisherigen Handelspolitik und gegen die Getreidezollerhöhung angenommen. — In gleichem Sinne erklärte sich eine von kleinen Bauern zahlreich besuchte Versammlung in Karolina (Posen). Weitere Protestversammlungen fanden statt in Elbing (Volksversammlung), Mannheim (demokratischer Verein), Mainz (Volksversammlung), Treptow (freisinnige Volksverein), Breslau (kaufmännischer Verein), Fürth (Volksverein) und Stuttgart (Volksversammlung).

⊙ Der Ortsverband der deutschen Gewerkvereine für Quedlinburg und Umgegend veranstaltete am Freitag, Sonnabend und Sonntag in Thale, Quedlinburg und Gernrode drei öffentliche Versammlungen, die außerordentlich zahlreich besucht waren, und in welchen das Mitglied des Centralrathes der deutschen Gewerkvereine, Klavon aus Berlin, über die „Erhöhung der Getreidezölle und deren Nachwirkungen" sprach. In allen drei Versammlungen wurde einstimmig beschlossen, eine Protestpetition gegen die Erhöhung der Getreidezölle an den Reichstag und den Bundesrath zu richten.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Zeitung.)

50. Sitzung vom 16. Februar. 1 Uhr.

Das Haus ist äußerst schwach besetzt. Bei Beginn der Sitzung sind 13 Abgeordnete anwesend.

Am Bundesrathstisch: v. Podbielski u. a.

Die zweite Berathung des Postetats wird bei dem Titel „Gehalt des Staatssekretärs" fortgesetzt.

Abg. Graf Oriola (natl.): Ich konstatire mit Genugthuung, daß die Verordnung, betr. die grünliche Bierflasche, nur von einem Postamtsvorsteher herrührte und daß der Staatssekretär die hier gerügten Mißstände abzuändern versprochen hat. Herr Bassermann hat keineswegs gesagt, der Staatssekretär hätte vor den Polen kapitulirt, sondern hat nur ausgeführt, daß der Staatssekretär den Polen bis zur äußersten Grenze entgegengekommen sei. Bei dieser Aeußerung hat er die ganze Fraktion hinter sich gehabt. An der ganzen jetzigen Erregung hat nur die Agitation der Polen schuld.

Abg. Fürst Radziwill (Pole) bestreitet, daß von seiten der Polen eine Agitation stattfinde. Die neueste Verfügung der Post sei nichts als eine Reglementirung der Chikanen, die Ueberleitungsstellen wären nur Quarantäne-Anstalten für die Pest der polnischen Adressen. Die Post hätte kein Recht, die polnische Muttersprache zu verhöhnen.

Abg. Dr. Oertel (kons.) führt aus, daß in seiner Fraktion kein einziger von Haß gegen die Polen erfüllt sei. Graf Stolberg hätte nur darauf hingewiesen, daß das plötzliche Anwachsen der polnischen Sendungen auf eine Agitation zurückzuführen sei. Es sei nur Zeitverschwendung, wenn man bei den großen Aufgaben, die der Reichstag noch vor Ostern zu erledigen hätte, noch so lange über die polnischen Adressen redete.

Abg. v. Glebocki (Pole) betont nochmals, daß die Polen keine Agitation getrieben hätten, es sei auch kein einziger Beweis für eine solche polnische Agitation erbracht worden. Die Geschichte von dem geheimnißvollen Zeitungsartikel, der zum Schreiben von polnischen Adressen aufgefordert haben sollte, sei nur eine Legende. Er selbst habe Hunderte von Landsleuten gefragt, aber kein einziger habe eine Ahnung von diesem Artikel gehabt. Es sei doch sonderbar, daß die Post 100 Jahre lang die polnischen Adressen verstanden hätte und sie jetzt auf einmal nicht verstehen wollte.

Staatssekretär v. Podbielski: Es handelt sich um keine große Staatsaktion. Es kommt bei meinem Erlaß nur auf die Thatsache, auf die nackte Thatsache an, daß der Postverwaltung ihre Thätigkeit nicht unnöthig erschwert wird. Postschikanen liegen nicht vor. Nicht blos polnische Adressen kommen vor, sondern auch lateinische. Ich kann sie Ihnen nicht nennen, weil das Postgeheimniß darüber lagert, aber es sind viele lateinische Adressen an den Erzbischof. Sie können doch nicht verlangen, daß ich nun meine Beamten Polnisch und Lateinisch lernen lassen soll. (Heiterkeit.)

Nun noch eine Bemerkung gegenüber Herrn Grafen Oriola. Ich habe nicht den Herren imputirt, daß sie mich beschuldigt hätten, vor den Polen kapitulirt zu haben, sondern ich habe gesagt, in der Presse sei dieser Vorwurf gegen mich erhoben worden. Und das ist doch ein himmelweiter Unterschied.

Abg. Stöcker (b. k. P.): Daß die Polen gegenüber der Reichspostverwaltung Agitation oder, wenn Sie es lieber hören, Terrorismus getrieben haben, darüber kann gar kein Zweifel sein. Ich habe mich aber zum Wort gemeldet, zunächst um den Staatssekretär zu bitten, doch auch im Interesse der Postverwaltung auf die baldige Schaffung einer einheitlichen deutschen Rechtschreibung hinzuwirken. Schon vor zwei Jahren wurde hier diese Sache besprochen. Damals wurde seitens des Vertreters der Postverwaltung gesagt, es würde erwogen, die Orthographie des Bürgerlichen Gesetzbuchs zum Muster zu nehmen. Nun hat es sich aber herausgestellt, daß die Orthographie des B. G.-B. gar nicht auf einem prinzipiell aufgebauten System beruht, sondern lediglich auf zufälligen Gebräuchen, wie sie in der Reichsdruckerei herrschen. Wir setzen nun unsere Hoffnung auf den preußischen Kultusminister und hoffen, daß auch der Reichspostsekretär der Regelung der Orthographiefrage seine Aufmerksamkeit zuwenden wird. — Dann habe ich den Wunsch, daß die Sonntagsruhe der Postbeamten noch einen weiteren Ausbau erfahren möge, wenn ich auch anerkenne, daß in letzter Zeit bereits manches auf diesem Gebiete geschehen ist. Für nothwendig halte ich ferner die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses der etatsmäßigen Unterbeamten.

Staatssekretär v. Podbielski: Eine völlige Sonntagsruhe läßt sich meinem Erachtens nach nie erreichen. Die Reformen im höheren Postfach bieten recht erhebliche Schwierigkeiten, auch hinsichtlich des Titelwesens. Ich bin ein Feind der Titelsucht, und ich weiß noch selber nicht, ob wir Referendare und Assessoren bekommen werden oder nicht. Das hängt von den Besprechungen mit den übrigen Verwaltungen ab. Ich meine aber, darauf kommt es nicht so sehr an. Nicht der Titel, sondern der Mann macht die Stellung. In der Wohnungsgeldfrage suchen wir den örtlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Besondere Wohnungseinschüsse können wir nicht einsetzen.

Unterstaatssekretär Fritsch: In Sachen der Rechtschreibungsfrage ist die Reichspostverwaltung angewiesen auf die Vereinbarungen, die in dieser Sache zwischen den einzelnen Bundesstaaten gepflogen werden sollen. Wir würden uns sehr freuen, wenn diese Verhandlungen zu dem erstrebten Ziele führen würden.

Abg. Dr. Müller-Sagan (frs. Vp.): Ich bleibe dabei, daß es nöthig ist, die Beamten zu vermehren. Meine Erfahrungen stützen sich nicht nur auf Vorgänge in den Vororten, sondern auch in Berlin. Es geht zu weit, wenn man den Beamten bezüglich des Biergenusses Vorschriften macht, ihnen wird doch auch die Leber trocken, wenn sie in heißen Sommertagen nichts trinken dürfen. Da sollte man ihnen doch die kühle Blonde oder die Stange einfach Bier ruhig gestatten. Die Unterbeamten müssen jetzt zweimal im Jahre zur Kleidermusterung zusammentreten, diese an den Kasernenhof erinnernde Kleiderparade sollte man doch abschaffen.

Abg. Ledebour (Soz.): Die polnischen Uebersetzungsbureaux dürfen nicht zu chikanösen Fällen für die polnischen Briefschreiber werden. Jeden Deutschen empöre es, daß in Ungarn die deutschen Städtenamen magyarisirt werden. Was sei es anderes, wenn wir jetzt unseren polnischen Mitbürgern ihre Muttersprache rauben? (Abg. v. Czarlinski ruft: Bravo! Die Sozialdemokraten schweigen.)

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. v. Glebocki (Pole) und des Abg. Dr. Oertel (kons.) werden der Titel „Gehalt des Staatssekretärs" sowie ohne Debatte einige weitere Titel bewilligt.

Hierauf vertagt das Haus die weitere Berathung auf Dienstag 1 Uhr; außerdem kleinere Vorlagen und Petitionen.

Schluß 5½ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(Bericht der Saale-Ztg.)

28. Sitzung vom 16. Februar. 11 Uhr.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Am Ministertische: Frhr. v. Rheinbaben u. a.

Die zweite Berathung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt bei den dauernden Ausgaben, Kapitel „Ministerium," Titel „Gehalt des Ministers".

Abg. Kelch (fk.) erklärt den Vorwurf des Abg. Richter, die Minister des Innern, speziell der Minister Frhr. v. Rheinbaben, hätten nichts Positives geleistet, für unbegründet. Das von letzterem geschaffene Fürsorgeerziehungsgesetz sei allein eine der größten sozialen Thaten (Widerspruch links), der der Dank und die Anerkennung des Volkes gebühre. Es wäre wünschenswerth, eine Erklärung vom Regierungstische aus darüber zu hören, wie sich die Regierung zur Frage der Benutzung der öffentlichen Straßen und Wege durch Automobilwagen stellt.

Abg. Kindler (fr. Vgg.) bemerkt, die Ausführungen des Ministers über die Vernehmung des Herrn Krieger in Königsberg seien zum Theil nicht richtig gewesen. Der Minister habe dem Herrn Krieger Aeußerungen über sein Verhalten der Sozialdemokratie gegenüber in den Mund gelegt, von denen Herr Krieger selbst gar nichts wisse. (Hört! hört! links.) Was die Theaterensur anlange, so sei selbst Herr Roeren mit derselben nicht zufrieden. Seine ganze gestrige Rede sei eigentlich ein Angriff auf die Censur gewesen. Der Dank des Ministers für diese Rede zeuge daher von großer Bescheidenheit. Die jetzige Censur begünstige geradezu die Tingeltangel. Am besten sei immer noch die Aufhebung der Censur. Redner tadelt sodann die Verwaltungsgesetze der Provinz Posen, die die reinen Ausnahmegesetze seien und wünscht vor allem eine bessere Vertretung der Stadtgemeinde auf den Kreistagen in Posen.

Minister Frhr. Rheinbaben erklärt, die Aeußerung des Abg. Richter, der Regierungspräsident in Königsberg habe dem Bürgermeister gegenüber erklärt, wenn er gewußt hätte, daß die Sache Dullo wie die Sache Krieg aufwirbeln würde, würde er dieselbe nicht angerührt haben, sei unrichtig. Eine solche Aeußerung des Regierungspräsidenten sei nie gefallen. Ein neues Gesetz betreffs der Vertretung der Städte- und Landgemeinden in den Kreistagen in Posen sei in Vorbereitung. Ob es aber diese Session noch an den Landtag kommen werde, wisse er nicht.

Abg. Arendt (fk.) bedauert, daß bei der Gewährung des Ehrensoldes von 120 M. an die Veteranen zu streng verfahren werde. Es habe sich der Brauch ausgebildet, nur absolut hilfsbedürftigen Personen den Sold zu geben. Das widerspreche dem Sinne und Wortlaut des Gesetzes, und deshalb rufe er die Hilfe des Ministers dagegen an.

Minister Frhr. v. Rheinbaben erwidert, daß er die von dem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19010218014/fragment/page=0002

Vorredner gerügte Interpellation des Gesetzes ebenfalls für unzulässig halte und die Behörden entsprechend angewiesen habe. (Beifall.) Hoffentlich würden bald so reichliche Mittel flüssig gemacht, daß man allen hilfsbedürftigen Veteranen den Sold gewähren könne. (Beifall.)

Hierauf wird die Diskussion über den Titel „Gehalt des Ministers" geschlossen. Der Titel wird bewilligt.

Abg. **Krieger** (fr. Vp., zur Geschäftsordnung) bedauert, daß ihm durch den Debattenschluß das Wort abgeschnitten sei.

Der Rest des Kapitels Ministerium wird hierauf ohne Debatte bewilligt, ebenso das Kapitel „Statistisches Bureau."

Zum Kapitel „Oberverwaltungsgericht" bemerkt

Abg. Dr. **Krause** (natl): Es scheint mir angebracht, auch hier des 25jährigen Jubiläums zu gedenken, das das Oberverwaltungsgericht im vorigen Jahre gefeiert hat. Wenn wir auf die 25 Jahre zurückblicken, die das Oberverwaltungsgericht jetzt besteht, so können wir wohl sagen; was sich das Oberverwaltungsgericht bei seiner Schaffung als Ziel gesetzt hat, ist in vollstem Maße erfüllt worden. Auch in diesem hohen Hause ist von allen Seiten die außerordentlich segensreiche Thätigkeit des Oberverwaltungsgerichts häufig anerkannt worden, und wir können heute nochmals feststellen, daß das Oberverwaltungsgericht in vollem Umfange das gelestet hat, was wir von ihm verlangt und erhofft haben. Man kann wohl sagen, daß alle Beteiligten von dieser Oberverwaltungsgerichtsbarkeit Nutzen gezogen haben, namentlich auch die Verwaltungsbehörden. Es mußte für die Behörden von großem Werthe sein, wenn ihre Thätigkeit von einem solchen Gerichte als unparteilich anerkannt wurde. Welt entfernt, daß die Autorität der Behörden dadurch hätte Schaden leiden können, ist sie vielmehr durch diese Rechtsprechung gestärkt worden. Was die Gesetzgebung durch das Oberverwaltungsgericht für Anregung genommen hat, wissen wir alle. Und daß der Rechtsboden des einzelnen durch dies Gericht eine sichere Basis auch in öffentlich rechtlichen Dingen bekommen hat, bedarf keiner weiteren Ausführung. Leider sind die Räume, in denen das Gericht tagt, durchaus unwürdig. Ich glaube, wir müssen verlangen, daß eine so ansehnliche Körperschaft auch ein ansehnliches Gebäude für ihre Arbeiten erhält. Ich wiederhole — und glaube hier die Zustimmung des ganzen Hauses zu finden —, daß wir mit großer Befriedigung auf die ersten 25 Jahre der Thätigkeit des Oberverwaltungsgerichts zurückblicken. (Beifall.)

Minister Frhr. **v. Rheinbaben**: Die anerkennenden Worte des Vorredners werden dem Oberverwaltungsgericht zu besonderer Freude und Ehre gereichen. Ich freue mich, mich dieser Anerkennung voll anschließen zu können. Auch in der Frage des Gebäudes kann ich dem Vorredner zustimmen; die jetzigen Räume sind durchaus ungenügend. Hoffentlich gelingt es uns bald, einen geeigneten Ort für ein neues Gebäude zu finden. Bisher ist uns das noch nicht gelungen.

Abg. **v. Eynern** (nl.): Es liegt mir fern, dem Oberverwaltungsgericht für seine Thätigkeit die vollste Anerkennung zu versagen. Es ist mir aber doch zweifelhaft, ob das Lob so ganz unbeschränkt bleiben kann. Ich habe schon früher darauf hingewiesen, daß das Oberverwaltungsgericht eine Bestimmung des Einkommensteuergesetzes in einer Weise ausgelegt hat, die im Gemüt dem Sinne des Gesetzes nicht in Einklang steht. Es handelt sich darum, ob der sogenannte Agio-Gewinn der preußischen Einkommensteuer unterliegt oder nicht. Es kommt dabei auf die Auslegung des § 16 des Einkommensteuergesetzes an, insbesondere darauf, welche Bedeutung dem Wort „Ueberschuß" zukommt, ob dazu der Agio-Gewinn gehört oder nicht. Das Reichsgericht hat die Frage verneint, das Oberverwaltungsgericht aber hat sie bejaht und so wird denn der Agio-Gewinn trotz Reichsgericht besteuert. Ich glaube, daß der jetzige Zustand unhaltbar ist und dringend der Abhilfe durch gesetzgeberische Maßnahmen bedarf.

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso ohne Debatte die Kapitel Versicherungsrevisoren, Standesämter und Landräthliche Behörden und Aemter.

Abg. Dr. **Heiß** (Ctr.) regt die Theilung des Regierungsbezirks Oppeln an.

Minister Freiherr **v. Rheinbaben** erwidert, daß eine Theilung des Bezirks Oppeln nicht beabsichtigt sei. Ueber den Bezirk Arnsberg, von dem neulich die Rede gewesen, könne er nur seine in der Budgetkommission abgegebene Erklärung wiederholen, daß eine Entscheidung weder in der einen noch in der anderen Richtung erfolgt sei. An sich halte er die Theilung für wünschenswerth.

Abg. Graf **Douglas** (ksk.) wünscht, daß dem Landrath die Verpflichtung abgenommen werde, bei Feuersgefahr oder sonstigen Unfällen die zur Hilfeleistung Verpflichteten zu benachrichtigen. Die Post möge telephonisch die Betreffenden bestellen.

Minister Freiherr **v. Rheinbaben** verspricht, die Anregung in Erwägung zu nehmen.

Abg. **Faltin** (Ctr.) führt Beschwerde über die Handhabung des Vereinsrechts gegenüber den polnischen Polen. Neuerdings sei es üblich geworden, diejenigen Lokale, in denen polnische Versammlungen stattfanden, für feuergefährlich zu erklären. Auch würden die Versammlungen unter nichtigen Vorwänden aufgelöst. Redner führt für seine Behauptungen eine Reihe einzelner Beispiele an. Die Folge dieser Behandlung sei maßlose Erbitterung der Polen und Förderung der Sozialdemokratie.

Ein **Regierungskommissar** theilt mit, daß die einzelnen angeführten Fälle dem Ministerium unbekannt seien. Die Regierung werde die Fälle untersuchen und dann Stellung dazu nehmen.

Abg. **Szmula** (Ctr.) schließt sich den Beschwerden des Abg. Faltin an.

Minister Frhr. **v. Rheinbaben**: Ich glaube nicht, daß es für die Geschäfte des Hauses förderlich ist, wenn hier lauter solche Einzelfälle vorgebracht werden; es wäre besser, wenn erst der Instanzenzug weiter verfolgt würde, oder wenn uns wenigstens vorher Mittheilung von den Fällen gemacht würde. Der Vorredner meint, wir förderten mit unserer Politik die Sozialdemokratie. Dagegen muß ich entschieden protestiren. Er bedauerte, daß wir so gegen treue, gute Leute vorgingen. Gegen treue, gute Leute gehe ich überhaupt nicht vor. Wie verhält sich denn die Sache? Von Posen her ist nach Schlesien die polnische Agitation künstlich getragen worden, während früher die Bevölkerung vollkommen ruhig war. Daß gegenüber diesen Zuständen die Behörden ihre Pflicht thun, ist selbstverständlich. Herr Szmula würde sich ein großes Verdienst erwerben, wenn er der polnischen Agitation entgegenträte. (Beifall.)

Nach einiger weiterer Debatte wird das Kapitel bewilligt.

Darauf vertagt sich das Haus.

Präsident **v. Kröcher** theilt mit, daß er die Absicht habe, am Montag eine Abendsitzung anzuberaumen, da die Etatsberathung gegen das Vorjahr um 6 bis 7 Tage im Rückstande sei.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. Rest der zweiten Berathung des Etats des Ministeriums des Innern, Etat der Berg-Verwaltung.

Schluß 4 Uhr.

Ausland.

Die Wirren in China.

Nach einer Meldung der „Times" aus Peking haben die internationalen militärischen Sachverständigen den Gesandten einen Plan zur Befestigung des Gebietes der Gesandtschaften vorgelegt, der gleichbedeutend ist mit der Errichtung einer internationalen Festung. Nach diesem Plane soll an der Seite des kaiserlichen Palastes in der Stadtmauer beim Wasserthore eine Bresche gelegt, die Katamen und Eckenmenthürme wollen niedergerissen und alle Wälle, die zu denselben Zugang bieten, geschleift werden. Eine 150 bis 300 Meter breite Zone soll um die Gesandtschaften freigelegt, es sollen Wälle, Glacis, Gräben und Stacheläune errichtet, Belagerungsgeschütze, Maxims aufgestellt, Kasernen für 2000 Mann Truppen und Proviant für 3 Monate beschafft werden. Alle öffentlichen Gebäude zwischen den Gesandtschaften und den Mauern des kaiserlichen Palastes sollen niedergerissen werden und 11,000 Mann ausländische Truppen sollen die Verbindung zwischen Peking und dem Meere aufrecht erhalten, so daß kein Chinese zwischen Peking und dem Meere reisen kann, ohne daß die ausländischen Kommandanten es wissen. Die Errichtung von Befestigungen soll sofort beginnen, noch ehe der Hof nach Peking zurückkehrt. Innerhalb des großen neuen Gesandtschaftsgebietes ist, wie das Londoner Blatt weiter meldet, alles chinesische Privateigenthum von den Gesandtschaften weggenommen. Frankreich und Deutschland sollen viel Grundbesitz genommen haben, und die italienische Gesandtschaft, welche aus zwei Personen besteht, die Gärten und Gebäude der kaiserlichen Seezölle, die Sir Robert Hart mit seinem Personale so viele Jahre bewohnte, für sich in Anspruch zu nehmen gewillt sein. Ohne weiteres wird man diesen Meldungen nicht Glauben schenken können; sie klingen, insbesondere was die Wegnahme von Terrain durch Deutschland anbetrifft, zu sehr nach freier Erfindung und sollen vielleicht nur dazu dienen, die deutsche Chinapolitik aufs neue zu verdächtigen. Auch der Plan der Befestigung des Gebietes der Gesandtschaften mutet uns etwas phantastevoll an.

Ein in New York aus Peking eingetroffenes Telegramm besagt, die chinesischen Bevollmächtigten theilten dem Hofe mit, daß der letzte Beschluß der Gesandten unwiderruflich sei, doch könne die Vollstreckung des über Tungfuhsiang gefällten Urtheils aufgeschoben werden.

Graf Waldersee läßt formell die Meldungen dementiren, daß die deutschen Truppen China verlassen. Er erklärt, er könne nicht einen Soldaten fortsenden, ohne von Berlin den Befehl dazu erhalten zu haben. Ein derartiger Befehl sei aber nicht eingetroffen.

Der südafrikanische Krieg.

Einer Depesche des „Reuter'schen Bureaus" zufolge soll es den Engländern gelungen sein, Dewet eine Schlappe beizubringen; es wird telegraphirt:

London, 17. Febr. Dewet und Steijn überschritten gestern vormittag mit zwei- bis dreitausend Mann und zwei Geschützen die Eisenbahn nördlich von Hout Kraal. Die Granaten der Engländer zerstreuten (?) den Feind, welcher seine Geschütze nicht ins Gefecht brachte. Ein gepanzerter Zug eröffnete ein Feuer mit Maximegeschützen. Es gelang den Engländern, den ganzen Convoi Dewet's zu nehmen einschließlich hunderttausend Patronen, zahlreichem Schießvorrath und einem Schnellfeuergeschütz. Die Verluste auf englischer Seite betragen 3 Verwundete.

Wir wollen erst eine Bestätigung dieser Siegesnachricht abwarten, bevor wir an sie glauben. Im übrigen scheint der Vormarsch Dewet's in die Kapkolonie nicht aufgehalten worden zu sein. Es bestätigt sich, daß Kitchener in De Aar weilt, er scheint also die „Verfolgung" Dewets wieder einmal persönlich zu leiten. Augenscheinlich soll diesmal eine ganz besonders hitzige Jagd auf den kühnen Burenführer veranstaltet werden, denn Kitchener hat außer den bisher verfügbaren Truppen noch die Brigade Bruce-Hamilton herangezogen, die nach einer Reihe von Gewaltmärschen am Sonntag aus Kroonstad in De Aar eingetroffen ist.

Aus Brüssel berichtet eine Depesche, daß dem Dr. Leyds politische Dokumente gestohlen worden sind. Als Leyds, der Gesandte der südafrikanischen Republik, am Sonnabend von den Vermählungsfeierlichkeiten im Haag in seine Wohnung in Brüssel zurückkehrte und sein Gepäck einen Augenblick im Vestibül unbeaufsichtigt war, stahlen Diebe ein politische Dokumente enthaltendes Gepäckstück. Die Uebelthäter waren, wie sofort festgestellt wurde, mittels Nachschlüssel in das Haus eingedrungen. Die Polizei wurde unverzüglich von dem Vorkommniß in Kenntniß gesetzt. Da nur England ein Interesse an einem derartigen Diebstahl haben kann, so wird es nicht schwer sein zu errathen, in wessen Solde die Diebe gestohlen haben.

Spanien.

In Spanien schweigt die gesammte Presse über die Unruhen nothgedrungen. Der Militärgouverneur von Madrid, Villar, berief am Donnerstag alle Zeitungsverleger zu sich und theilte ihnen mit, kein Blatt dürfe erscheinen, ohne vorher von der Censur gutgeheißen zu sein. Jedes Blatt, das irgend etwas, welches die Censur nicht vorher gesehen habe, veröffentlicht, werde sofort unterdrückt. Der „Voss. Ztg." wird aus Madrid geschrieben: „Wenn ich Ihnen z. B. hätte drahten wollen, daß der Minister des Innern vor zwei Tagen von den wütherden Volksmassen auf der Straße angegriffen und mit Steinen beworfen worden ist, daß der päpstliche Nuntius beinahe erschlagen worden wäre, daß an 20 Klöster mit Steinen bombardirt und mit Petroleum begossen wurden, daß man in den Straßen von Madrid, Barcelona, Valencia, Granada, Saragossa, Bilbao keine anderen Rufe, als: „An den Galgen mit den Jesuiten! Tod der Königin! Tod den Caserlas! Es lebe die Republik!" vernimmt, so würden zwar nicht meine Telegramme, aber ich selbst über die Grenze befördert werden. Und doch hätte ich in allen diesen Fällen blos wahre Thatsachen berichtet. Die Regierung stellt sich vor, wenn sie den Telegraphen stumm gemacht hat, dann sei die größte Gefahr beschworen. Die königliche Familie und ihre Gäste wagen sich nicht aus dem Schlosse heraus. Kein Ordensgeistlicher darf sich auf der Straße blicken lassen ohne Gefahr zu laufen, mißhandelt zu werden. Es gab Augenblicke, wo an den Kundgebungen in Madrid etwa 10,000 Menschen aus allen Schichten der Gesellschaft theilnahmen und die Gendarmen über den Haufen warfen. Viele Gendarmen wurden verwundet. Von den Fenstern und Balkonen herab wurde mit Steinen, Ziegeln, Blumentöpfen auf sie geworfen. Wie verlautet, sind in Granada am Donnerstag 2 Personen getödtet worden. In Valencia haben neue Kundgebungen stattgefunden. Das Kabinet wird wahrscheinlich am Mittwoch seine Demission geben.

Bulgarien.

Im Befinden des Erbprinzen Boris ist eine Verschlimmerung eingetreten. Die Masern sind wieder ausgebrochen, überdies sind Symptome einer Bronchitis am rechten Lungenflügel stärker aufgetreten. Fürst Ferdinand hat den um seine Entlassung eingekommenen Ministerpräsidenten Petrow ersucht, die Geschäfte so lange weiterzuführen, bis eine Besserung im Befinden des Erbprinzen ihn die nöthige Ruhe gewährt, um an die Parteiführer wegen der Neubildung des Kabinets heranzutreten.

Serbien.

Die Besetzung der Leiche des Exkönigs Milan erfolgte am Sonnabend in dem ungarischen Kloster Kruschedol. Kein Serbe hat daran theilnehmen dürfen, denn die Regierung ließ bereits seit mehreren Tagen niemand mehr über die Grenze — ohne Paßregel, die große Unzufriedenheit erregt hat. Beim Leichenbegängnisse Milan's scheuten vor dem Leichenwagen die Pferde, so daß der Sarg beinahe vom Wagen gefallen wäre.

Privatnachrichten aus Serbien besagen ferner, daß das serbische Ministerium gestürzt sei und der wegen Vermiethung und Dokumentenfälschung verurtheilt gewesene Volkstribun und ehemalige Ministerpräses Tauschanowitsch Ministerpräsident geworden sein soll. Damit wären, die Richtigkeit der Nachricht vorausgesetzt, die Radikalen wieder ans Ruder gelangt.

Nordamerika.

Der handelspolitische Streit zwischen Rußland und Nordamerika wird fortgesetzt. Nachdem die Vereinigten Staaten den Zoll auf russischen Zucker erhöht haben, hat das Zarenreich ebenfalls mit Zollerhöhungen geantwortet, die in der Union sehr übel aufgenommen werden. Wie dem „Reuter'schen Bureau" aus Washington gemeldet wird, glaubt man dort, daß eine schwere Krise in den Handelsbeziehungen zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten ausgebrochen ist. Das russische Dekret über Zollzuschläge werde den Erfolg haben, daß die Zölle für amerikanische Maschinen und metallurgische Produkte in Rußland um 50 Prozent erhöht werden. Man fürchtet in Washington, daß eine solche Erhöhung die Ausfuhr dieser Produkte nach Rußland verhindern werde, die sich im Jahre 1900 auf 30 Mill. Dollars belaufen habe.

Man scheint einem offenen Zollkrieg entgegenzusteuern, wenigstens sagt die „New York Tribune", ein ausgesprochenes Regierungsblatt, in einer Besprechung des Kompensationszolles auf russischen Zucker: Keine Androhung eines Zollkrieges könnte unsere Handlungen beeinflussen. Wir sind verpflichtet, Deutschland und den anderen Nationen gegenüber Wort zu halten. Wenn die Vereinigten Staaten Rußland zum Nachtheil Deutschlands begünstigen, würde das sicherlich Repressalien seitens Deutschlands herbeiführen, und offenbar ist ein Zollkrieg mit Deutschland weit unheilvoller als ein solcher mit Rußland. Unsere Beziehungen zu Deutschland sind unvergleichlich enger als mit Rußland, unser Handel nach Deutschland achtzehnmal bedeutender. Vom reinen Interessenstandpunkt werden wir viel mehr darauf bedacht sein, freundschaftliche Handelsbeziehungen zu Deutschland als zu Rußland aufrecht zu erhalten. Die Zuckerangelegenheit muß aber von dem höheren Gesichtspunkt des guten Glaubens einer richtigen Deutung der Vertragsverpflichtungen und des Tarifgesetzes geregelt werden.

Außer auf russischen hat Amerika neuerdings auch auf belgischen Zucker einen Zuschlagszoll angeordnet und zwar für Rohzucker 3,90 Frcs. für 100 Kilo und für raffinirten Zucker 4,40 Frcs.

Provinzialnachrichten

, **Weißenfels**, 17. Febr. [Prüfungsergebniß. — Oberrealschule.] Die Ende verflossener Woche am hiesigen Seminar abgehaltene Aufnahmeprüfung bestanden sämmtliche 42 Prüflinge, die in der hiesigen Präparandenanstalt vorgebildet sind. — Die Oberrealschule erhält mit Ostern d. J. noch die Oberprima, so daß sie dann zur Vollanstalt ausgebaut ist. Sie hat sich immer größeren Zugangs von auswärtigen Schülern zu erfreuen.

* **Liebenwerda**, 17. Febr. [Geborgen.] Nach etwa 14tägiger gefahrvoller Arbeit ist endlich der bei Domsdorf plötzlich versunkene 15jährige Krüger zu Tage gefördert und in seinem Heimathdorfe Prestewitz feierlich beerdigt worden. Man fand den Verschütteten in stehender Stellung etwa 13 m tief unter der Erdoberfläche.

-c. **Wittenberg**, 17. Febr. [Ernennung. — Stiftung.] Der hiesige Kreiswundarzt Dr. med. Wachs ist zum Kreisphysikus des Kreises Wittenberg ernannt worden. — Einige Freunde und Patienten des Arztes Dr. Thassilo Schmidt werden aus freiwilligen Beiträgen eine Stiftung gründen, die den Grundstock zur Errichtung einer „Schmidts-Klinik" liefern soll. In dieser Klinik sollen im besonderen unbemittelte Kranke Aufnahme finden.

* **Rosla**, 17. Febr. [Der diesjährige Haushaltsplan] schließt in Ausgabe und Einnahme mit 58,966,54 M. ab. Obwohl die Straßenpflasterungen eine erhebliche Anleihe nothwendig gemacht haben, ist eine Steigerung des Steuerzuschlages nicht geplant.

□ **Genthin**, 17. Febr. [Wiesenbrand.] Im „Großen Luch" bei Pessin wüthete vor einigen Tagen, vermuthlich durch Lokomotivfunken hervorgerufen, ein großes Feuer, dem umfangreiche Wiesenflächen mit einer Anzahl Heumieten zum Opfer fielen.

K. **Erfurt**, 17. Febr. [Mittelthüringische bienenwirthschaftliche Ausstellung.] Der „Erfurter Bienenzüchterverein" stellte heute in seiner Generalversammlung, an welcher zahlreiche Imker aus preußischen, gothaischen, schwarzburg-sondershausenschen und weimarischen Ortschaften theilnahmen, das vorläufige Programm für die im Sommer d. J. hier zu veranstaltende „Mittelthüringische bienenwirthschaftliche Ausstellung" fest. Es sind bereits zahlreiche Anmeldungen eingelaufen; Unter anderen aus Ludwigsburg, Bodenbach (Oesterreich), Fulda, Aschersleben, Bieberach, Oberberg (Hessen), Halberstadt, ferner seitens der Vereine Dietendorf, Mühlhausen i. Th., aus Ostpreußen, Leipzig, Mersburg, Langensalza u. a. m. Während der Ausstellung findet ein Doppeljubiläum statt. Erstens das des 50jährigen Bestehens des Erfurter Vereins, und zweitens das 50jährige Jubiläum des thüringer Altmeisters Günther-Gilspersleben, eines Schülers des Altmeisters von Berlepsch. U. a. wird auf der Ausstellung der Bienenkorb der Imkerei vor 100 Jahren gezeigt. Interessante Festvorträge werden gehalten und nach Schluß der Ausstellung werden 130 bis 150 Bienenvölker nach der Halde im Thüringerwald gesandt, wo den Zimmen die werthvolle Haidetracht zu gute kommen soll. Es steht sicher zu erwarten, daß der Staatsminister a. D. v. Berlepsch, das Protektorat über die Ausstellung übernehmen wird. Die Generalversammlung beauftragte einen sechsgliedrigen Ausschuß mit den Vorarbeiten. Voraussichtlich wird die Ausstellung zu Anfang August im Schießhaus-Etablissement stattfinden.

* **Königsborn**, 17. Februar. [Verbrechen.] Der Staatsanzeiger theilte kürzlich mit, daß auf dem Bahnkörper die Leiche eines Handelsmannes aus Rothensee gefunden worden sei. Anscheinend war der Handelsmann mit seinem Fuhrwerk auf das Eisenbahngeleis gerathen und überfahren worden. Die genauere Untersuchung hat jedoch zu Resultaten geführt, welche mit ziemlicher Sicherheit auf ein Verbrechen schließen lassen. Verdächtig ist es aufgefallen, daß die Leiche des Getödteten, welche durch den Anprall auf die Lokomotive geflogen ist, außer der Kopfbeschädigung nicht die geringste körperliche Verletzung aufwies; doch noch erstaunlicher war der Umstand, daß der Getödtete gar kein Geld bei sich hatte. Allem Anschein nach haben der oder die Verbrecher den Mann erschlagen und beraubt und dann zur Verheimlichung des Verbrechens das Fuhrwerk mit der Leiche auf den Bahnkörper gebracht. Das Pferd, welches früher den Pferdebahnwagen gezogen, ist dann aus alter Gewohnheit ruhig zwischen den Schienen weitergetrottet. Die Behörden fahnden eifrig nach den Verbrechern. Die Beerdigung der Leiche ist einstweilen noch untersagt worden, da die Obduktion derselben angeordnet ist.

—ss **Bernburg**, 16. Febr. [Unfall.] Der auf dem Salzbergwerk Solvayhall beschäftigte Häuer Franz Jäger wurde von einem großen Salzstück, das sich zu früh loslöste, am Kopfe getroffen und zu Boden geworfen. Außer Abschälung der Kopfhaut, schwerer Augenverletzung und einer Quetschung des rechten Unterschenkels erlitt Jäger einen komplizirten Rippenbruch. Der Schwerverletzte wurde dem Halleschen Krankenhause „Bergmannstrost" überwiesen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19010218014/fragment/page=0003

Schwarze Seidenstoffe empfiehlt als **solides deutsches Fabrikat**
Seidenhaus G. Schwarzzenberger, Halle a. S., Gr. Steinstrasse 88.

KNORR'S SUPPEN

SCHUTZ-MARKE

Haferpräparate:
Hafermehl, beste Kindernahrung, richtigster Zusatz zur Kuhmilch. Seit über 25 Jahren erprobt und in Millionen Fällen bewährt.
Nur in ½ und ¼ Kilo-Packeten zu haben.
Haferflocken, Hafermark, Hafergrütze, äusserst wohlschmeckende Schleim-Suppen.
Haferbiscuits, delikates Gebäck, sehr nahrhaft — besonders f. zahnende Kinder zu empfehlen.

Suppenmehle:
Grünkornmehl, liefert eine hochfeine und kräftige Suppe von aromatischem Geschmack.
Gerstenmehl, für eine vorzügliche Gerstenschleimsuppe.
Reismehl, präp. und daher sehr leicht verdaulich für Suppen, Purées und Aufauf.
Tapioca C. H. K. aus ächtem brasilian. Tapioca präparirt, sehr leicht verdaulich.
Mischungen: Tapioca-Julienne. Tapioca-Crecy etc.

Fertige Suppen:
Suppentafeln, für 5 bis 6 Portionen genügend. In 50 verschiedenen Sorten.
Fixsuppen, für 2 bis 3 Portionen genügend à 10 Pfg. — Vorzüglich im Geschmack. In 12 verschiedenen Sorten.
Erbswurst, mit Speck — ohne Speck — mit Julienne — mit Schinken — mit Schweinsohren. In ½ und ¼ Ko.-Packung.
Unübertroffen!
Nur mit Wasser zuzubereiten.

Eierteigwaaren:
in vielerlei Sorten und Formen.
Specialitäten:
Aechte Hausfrauen-Eiernudeln Marke „Kätchen von Heilbronn"; **Maccaroni** Marke „Hahn" aus best. Taganrogweizen.
Dörrgemüse für die Herbst- und Wintersaison.
Julienne (Wurzel- und Kräutersuppe) in verschiedenen Mischungen.
Schneidebohnen, hochfein in Qual. und Farbe, von keinem anderen Fabrikat übertroffen.

Knorr's Präparate, welche sich durch ihre vorzügliche Qualität längst einen Weltruf erworben haben, sind unübertroffen.
Man verlange ausdrücklich stets KNORR's Präparate und weise Nachahmungen in ähnlicher Verpackung zurück.

Handbuch der Oelmalerei. Zum Selbstunterricht für Dilettanten und Kunstfreunde von **Alexander Elbinger.** Fünfte Auflage. Mit 17 Tafeln, 60 Holzschnitten und einem Anhange: **Perspektive.** Ein Leitfaden für Zeichner und Maler von **Otto Baisch.** Lex.-Oktav. Geh. 9 ℳ in eleg. Originalb. 10,50 ℳ

Perspektive. Ein Leitfaden für Zeichner und Maler von **Otto Baisch.** Gross-Oktav Geh. 2 ℳ

Allbekannte, werthvolle Handbücher!

Otto Hendel Verlag, Halle S.

H. Steinmetz,
Photograph,
Gr. Ulrichstr. 50 (Kaisersäle).
Zur **Carnevalszeit** empfehle geschmackvoll u. gediegen ausgeführte
Costüm-Bilder.
13 Visites 6 ℳ, 13 Cabinet 12 ℳ

Vernickelungsanstalt
Josef Mittag,
Demiettenstraße 33.

Zur
Confirmation
empfehle:
Gesangbücher
Bibelsprüche,
Widmungsbücher,
Confirmationskarten.
Schmucksachen:
Uhrketten,
Broschen,
Halsketten,
Kreuze,
Medaillons,
Ohrringe.
Lederwaaren:
Portemonnaies, Cigarren-Etuis,
Schreibmappen,
Poesie- und Schreib-Album,
ff. Briefpapiere in Kassetten,
Schmuck- und Handschuhkasten,
Damentäschchen,
Pompadours 2c. 2c.
Grösste Auswahl.
Billigste Preise.
Albin Hentze,
Halle a. S.,
Schmeerstraße 24.

Wo haben Sie
die größte Auswahl
neuer u. gebrauchter Möbel
bei reellster Bedienung, nur bei
Friedrich Peilcke,
Geiststraße 25.

Der Versandt des weltberühmten
Salvator-Bieres
beginnt in der ersten Hälfte des März. Preis und Bezugsbedingungen sind direkt von uns oder durch unsere Vertreter zu erfahren.

DER NAME **Salvator**

ist seit März 1896 vom k. Patentamte als Waarenbezeichnung der Unterzeichneten geschützt. Es darf daher unter dem Namen „*Salvator*" Niemand Bier in den Verkehr bringen, welches nicht aus der Brauerei der Unterfertigten stammt. Zuwiderhandlungen ziehen die civil- und strafrechtlichen Folgen des § 14 des Reichsgesetzes zum Schutz der Waarenbezeichnungen vom 12. Mai 1894 nach sich.

Aktiengesellschaft Paulanerbräu
zum Salvatorkeller
(vorm. Gebr. Schmederer-Zacherlbräu) **München.**

H. R. Heinicke
Chemnitz
Wilhelmplatz 7.
Fernsprecher 439.
Specialgeschäft für **Fabrik-Schornsteinbau** und **Dampfkessel-Einmauerungen.**

Errichtet runde Schornsteine aus gebrannten u. rothen wetterbeständigen u. säurefesten Radialsteinen. Führt Dampfkesselmauerungen durch hierin geübte Leute aus. Liefert rauchverzehrende Roste.
Illustrirter Prospect u. Anschläge kostenfrei.
Höchst. Schornstein der Erde von 140 m Höhe ausgeführt.

Mein diesjähriger
Inventur-Ausverkauf
im Preise bedeutend zurückgesetzter Waaren beginnt
am Dienstag den 19. Februar.
Carl Steckner
Leinen-, Wäsche- und Aussteuer-Geschäft.

Möbel-Etablissement
M. Resch
Halle a. S.,
Leipziger Str. 11 (Eing. im Laden).
Verkaufsräume befinden sich I., II. u. III. Etage.
Specialgeschäft completter
Wohnungs-Einrichtungen
v. 200–6000 Mk.

Salon.

1 hochel. Plüschgarn. od. Paneell.	ℳ 130.
1 „ nußb. Salon-Bertcow	„ 60.
1 „ „ Salontisch	„ 22.
1 „ „ gr. Säulen-Trumeau mit Fal.	„ 55.
4 moderne Rohrlehnstühle	„ 24.

Wohnzimmer.

1 Kleiderschrank mit Muschel	„ 35.
1 Spiegelrisch mit Auszügen	„ 22.
1 gr. Wiesterp. m. Schränkch.	„ 35.
1 gute Ottomane mit Ripsbez.	„ 50.
4 Stühle mit Rohrsitz	„ 14.
1 Servirtisch	„ 10.

Schlafzimmer.

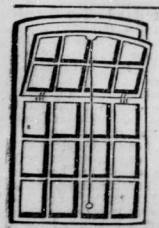
2 franz. Betts. mit Sprungfa.-Matratze und Keilkissen	„ 88.
1 Waschtisch mit Marmorplatte	„ 32.
1 Waschtischspiegel	„ 3.
1 compl. Kücheneinrichtung	„ 40.

Alles zusammen für ℳ 620.

Sämmtliche Möbel werden zu selben Preis auch einzeln abgegeben. Trotz der billigen Preise langjähr. Garantie. Gekaufte Möbel werden unentgeltlich aufbew. u. z. best. Zeit franco geliefert.

Königliche Thierärztliche Hochschule
in Hannover.
Das Sommersemester 1901 beginnt am **15. April.**
Nähere Auskunft ertheilt auf Anfrage unter Zusendung des Programms
Die Direction.

Dr. Brehmer's
weltbekannte Heilanstalt für **Lungenkranke**
Görbersdorf i. Schles.
(Chefarzt: Geheimrath **Petri,** langjähriger Assistent von Dr. Brehmer), versendet Prospekte gratis durch **die Verwaltung.**



Fürstlich Stolberg'sches Hüttenamt,
Ilsenburg a. H.
empfiehlt als Specialität:
gußeiserne Fenster,
dauerhafter u. billiger als hölzerne u. schmiedeeiserne. Stückpreise ohne Modellkosten franco und bruchfrei jeder Eisenbahnstation. Bei Anfragen wird die Angabe der lichten Maße der Fensteröffnungen erbeten.

Gas-Coaks
Große Posten hat auf Abschluß billig abzugeben
J. G. Herrmann, Leipzig,
Kohlenstraße 4. Tel. 3105.

DAVID'S MIGNON-KAKAO
pr. Pfd. Mk.: 1,60, 1,80, 2,00 u. 2,40
ist an Reinheit und Wohlgeschmack unübertroffen.
FR. DAVID SÖHNE, HALLE A. S.

David's Mignon-Kakao ist zu haben bei **Julius Lüderitz Harz 29.**

Universal-

Schloss.
Stahlpanzer-Geldschränke
feuer-, sturz- und diebessicher empfiehlt sehr preiswerth
J. C. Petzold, Geldschrankfabrik, Magdeburg, Knochenhauerstr. 19.

Bei Nichtgefallen Betrag zurück.

Das **Fixolin** das **Wachsthum des Schnurrbartes**

wirklich befördert. Der weist klar und deutlich folgende Gutachtung: Geehrter Herr Stahl! Der Fixolin hat bei mir furchtbar gewirkt, ich habe in kurzer Zeit einen sehr schneidigen Schnurrbart bekommen. Dafür spreche ich meinen besten Dank.
E. A.
Nr. 10. 12. 99.
Nur allein echt in Gläsern in Dosen zu ℳ 1,50 und ℳ 2,50. Versp. 25 Pf. bei Nachnahme 20 Pf. mehr von Paul Koch, Dresden-Neustadt, Hauptstraße Caisenkirchhof Nr. 9801.3

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Mit 2 Beiblättern und Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19010218014/fragment/page=0004